

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)

zu dem

**Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan,
Dr. Edmund Peter Geisen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**

- Drucksache 16/2685 -

**Eckpunktevereinbarung zum Einsatz von Erntehelfern in der Landwirtschaft
grundlegend überarbeiten**

A. Problem

Die deutsche Land- und Forstwirtschaft sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe seien auf den Einsatz und die entsprechende Zulassung von ausländischen Saisonkräften weiterhin angewiesen, da inländische Arbeitskräfte nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stünden. Die zum 1. Januar 2006 eingeführte Kontingentierung der Zulassung von Saisonarbeitskräften habe sich in der Praxis nicht bewährt. Die Antragsteller fordern deshalb die Bundesregierung auf, die seit dem 1. Januar 2006 geltende Eckpunktregelung für die Zulassung mittel- und osteuropäischer Saisonbeschäftigter für die Jahre 2006 und 2007 grundlegend zu überarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrages.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 16/2685 – abzulehnen

Berlin, den 28. März 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Elvira Drobinski-Weiß, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann, Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 16/2685 in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller stellen fest, dass die deutsche Land- und Forstwirtschaft sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe auf die Zulassung von Saisonkräften aus Mittel- und Osteuropa weiterhin angewiesen seien, da inländische Arbeitskräfte nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stünden. Die bisherigen Erfahrungen zeigten, dass es auf Grund der körperlich anstrengenden Tätigkeiten und geringen Verdienstmöglichkeiten schwierig sei, inländische Arbeitskräfte für diese Tätigkeiten zu gewinnen. Deshalb sei der Einsatz von ausländischen Saisonarbeitskräften in diesen Branchen wie in dem bis Ende 2005 möglichen Umfang weiterhin erforderlich.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die seit dem 1. Januar 2006 geltende Eckpunkterege- lung für die Zulassung mittel- und osteuropäischer Saisonbeschäftigter für die Jahre 2006 und 2007 grundlegend zu überarbeiten und die eingeführte Kontingentierung aufzuheben, so dass ausländische Saisonkräfte wieder in dem bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Umfang eingesetzt werden kön- nen.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat die Vorlage 16/2685 in seiner 31. Sitzung am 8. Novem- ber 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage 16/2685 in seiner 41. Sitzung am 28. März 2007 beraten.

Die Koalitionsfraktionen führten aus, dass es gravierende Gründe für diese Regelung gebe: Die Löhne der Saisonarbeiter aus dem Ausland seien im Gegensatz zu den Löhnen in Deutschland ge- stiegen. Infolgedessen sei es für ausländische Saisonarbeiter nicht mehr so attraktiv, nach Deutsch- land zu kommen. Daher sollte anstelle einer Änderung der Eckpunkterege- lung vielmehr regional vor Ort bei Vermittlungsproblemen für eine schnelle Abhilfe gesorgt werden. Insoweit gebe es inzwi- schen auch eine Präzisierung und Flexibilisierung der Härtefallregelung, um die in der Vergangen- heit bestehenden Mängel bei der Vermittlung abzustellen.

Die Fraktion der FDP führte aus, dass die derzeitige Regelung nicht greife und Saisonarbeit nicht das Problem der Arbeitslosigkeit lösen könne. Eine Rückführung auf die vor 2006 geltende Rege- lung vermeide Bürokratie und Ärger und gewährleiste Sicherheit auf allen Seiten.

Die Fraktion DIE LINKE. sprach sich gegen den Antrag aus. Das im Antrag beschriebene Problem werde auch gesehen, doch werde der falsche Lösungsweg aufgezeigt. Handlungsbedarf bestehe vielmehr im Bereich der Mindestlohnregelung. Darüber hinaus müsse eine Verstetigung der Arbeit im saisonalen Bereich angestrebt werden.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Antrag, der zwar ein grundsätzliches Problem aufzeige, als nicht zielführend ab. Sie erwartet von der Bundesregierung, dass diese im Zuge ihrer Diskussion um Mindestlöhne auch den Bereich der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus mit aufgreift sowie Vorschläge für eine bessere Arbeitsorganisation macht. Sie verweist auf Initiativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für gezielte Aus- und Weiterbildung und fordert mehr Anstrengungen im Hinblick auf eine dauerhafte Beschäftigung.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den Antrag auf Drucksache 16/2685 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2007

Marlene Mortler

Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß

Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann

Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann

Berichterstatterin

Ulrike Höfken

Berichterstatterin